

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen
und Leser,

„Antisemitismus gestern und heute – warum die Reichspogromnacht nicht nur Geschichte ist“ – das war eine wichtige Landtagsdebatte am Vorabend des 9. November. Was in der Nacht zum 10. November 1938 geschah, war das Ergebnis einer Geschichte, die lange vor 1933 begonnen hatte, mit der Ausgrenzung einer Menschengruppe und einer Religion. Das Ergebnis war Auschwitz.

Wir dürfen nicht zulassen, dass so etwas wieder geschieht, und müssen uns gegen jeden Antisemitismus wenden. Es ist erst ein paar Wochen her, dass in Chemnitz ein jüdisches Restaurant attackiert wurde. In Sachsen gab es 2017 insgesamt 118 Straftaten mit antisemitischem Bezug, bis auf zwei waren alle rechtsmotiviert. 2018 wurden bisher 72 antisemitische Straftaten registriert.

Wir hatten zu Jahresbeginn im Landtag beantragt, in Sachsen das Amt einer oder eines Antisemitismusbeauftragten einzurichten und an zentraler Stelle bei der Staatskanzlei anzusiedeln. Nachdem uns die Landesregierung zunächst erklärt hatte, das sei unnötig, hat der Staatskanzleichef im November gesagt: „Es ist uns als Staatsregierung ein zentrales Anliegen, einen Beauftragten für jüdisches Leben zu berufen, der ressortübergreifend die Präventions- und Interventionsarbeit der Staatsregierung koordinieren soll.“ Wir freuen uns über diesen Sinneswandel – aber er ist nur halbherzig: Die oder der Beauftragte soll im Kultusministerium arbeiten, das für die Schulen, also für Kinder und Jugendliche zuständig ist, nicht aber für die Erwachsenen. Und mit den kärglichen 150.000 Euro, die dafür eingepulst sind, kann weder Antisemitismus wirksam bekämpft noch jüdisches Leben gefördert werden. Also: Nachbessern! Wir bleiben dran.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Erneuerbar ist nicht genug!

Die Lausitzer LINKE-Landtagsabgeordneten Kathrin Kagelmann und Mirko Schultze stellen mit ihrer Partnerautorin Antonia Mertsching 15 Thesen für einen Strukturwandel in der Lausitz vor. Wir präsentieren Auszüge.

Das Ende des Braunkohlezeitalters geht alle an, schon wegen der Abbaufolgeschäden. Nimmt die Regierung die Bergbauunternehmen nicht in die Pflicht, bleiben alle auf den Kosten sitzen. Aber das ist nur ein Aspekt – die Lausitz braucht insgesamt eine gute Zukunft. Dazu liegen nun 15 Thesen vor. „Mit unserem Diskussionsangebot wollen wir der ‚mentalischen Schwermut einer Region‘ entgegenzutreten und zum ‚Klimawandel der anderen Art‘ motivieren – für eine Lausitz als Labor für spannende Köpfe. Denn fehlende Köpfe werden eher unser Problem sein als das Geld“, so Kathrin Kagelmann. Ihr Kollege Mirko Schultze stimmt zu: „Das Papier ist das erste Ergebnis eines Austausches mit 54 Organisationen und Persönlichkeiten.“

Die Lausitz brauche einen Um- und Aufbruch, der kulturelles Erbe, landschaftliche Vorzüge und neues Lebensgefühl verbindet. Die Zeit sei überreif, denn nicht nur die Beschäftigten brauchen Sicherheit. Die Hoffnung, es könne einfach alles so weiterlaufen, trüge. Und nur die Bergbaufolgensanierung könne vielen Bergleuten eine langfristige Arbeitsperspektive geben.

1. Neue Arbeitskultur

Statt auf Konzerne zu warten, wollen wir kleine bis mittlere Unternehmen in privatem, kommunalem oder vereins- bzw. belegschaftsgetragenem Eigentum fördern. Wir streben eine 30h-Arbeitswoche für die Region an und wollen für die Lausitz das Pilotprojekt eines personell, räumlich und zeitlich begrenzten Grundeinkommens starten.

2. Energieregion bleiben

Die Fachkräfte der Energiewirtschaft, die über 2030 hinaus in den auslaufenden Kohlekraftwerken oder Tagebauen beschäftigt sein werden, sind die umworbenen Fachkräfte einer postfossilen Wirtschaftsstruktur. Die Lausitz kann ihren Charakter als Energieregion bewahren – mit Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien und als Standort für effiziente Technologien.

3. Bunte Werkstatt-Atmosphäre statt grauer Konferenzen

Ein „Strukturwandel von unten“ braucht einfache Diskussions- und Mitmachformate für alle, die sich einbringen wollen.

4. Frei-Räume für Freigeister

Bisher konzentrierte sich Ansiedlungsbegleitung auf große industrielle Player auf teuren Gewerbegebieten. Startups oder Kreative scheitern dagegen häufig bereits an der Standortwahl. Strukturwandel muss den regionalen Vorteil Leerstand ausspielen, indem kreative-Köpfe kostenlos Frei-Räume für innovative Projekte bekommen.

6. Fonds Zivilgesellschaft Lausitz

Weil alte Beziehungsgeflechte den Zugang zu Fördermitteln erleichtern, drohen junge kreative Projekte diesen Wettlauf zu verlieren. Selbst wenn nicht alle Ideen umsetzbar erscheinen, eröffnet der unabhängige Pioniergeist Chancen. Gerade solche Akteure brauchen niedrigschwellige Zugänge zu Förderfonds. Deshalb ist die Idee eines Fonds Zivilgesellschaft Lausitz gut.

7. Willkommensregion

Die Lausitzer Arbeitskräfte der Zukunft kommen nicht aus dem Nachbardorf, sondern aus allen Teilen der Welt. Dass sie bleiben, ist eine Chance. In der Lausitz muss eine Imagekampagne zur Willkommenskultur entwickelt werden.

8. Neues Lebensgefühl

Alternative Wirtschafts-, Lebens- und Wohnformen ebenso wie differenzierte Kita- und Schulmodelle bis hin zu einer vielschichtigen Kulturszene schaffen eine attraktive Atmosphäre von Modernität, Weltoffenheit und Umweltbewusstsein. Die Lausitz sollte individuelle Wege eröffnen – beispielsweise genossenschaftliche oder gemeinschaftliche Infrastruktur zur Nahversorgung mit Nahrungsmitteln oder regionalen Produkten. Mobile Fachärzte, Bibliotheken, mobile Bildungsangebote oder Sparkassen könnten regelmäßig durch die Lausitz touren.

11. Alternative Mobilität

Ein enges Netz an Zubringerstrukturen für Pendler, Reisewillige oder Touristen soll vom Auto unabhängige Mobilität ermöglichen. Dass Angebot muss fahrscheinlos und mit einheitlichem Ticketsystem funktionieren. Im Zusammenspiel von Schienennahverkehr und öffentlichem Nahverkehr, Rufbus oder Ruftaxisystemen sowie Carsharing, Leihfahrrädern oder Mitnahmestationen wird eine flächendeckende Struktur aufgebaut, optimal angebunden an die Verkehrsknotenpunkte.

12. Überholen statt Einholen

Ziel ist ein GigaBit-Netz mit symmetrischem Up- und Download. Nur so wird Breitband zum Standortvorteil. Wir wollen WLAN-Hotspots in Städten und an touristisch wichtigen Orten sowie eine Netzanbindung, die Homeoffice bei datenintensiven Berufen ermöglicht.

13. Euro-Uni diskutieren

Die Hochschule Zittau/Görlitz ist ein wichtiger Bildungsstandort. Wir wollen die Lausitz als Bildungsraum in der Mitte Europas etablieren. Langfristig regen wir eine Diskussion um einen Universitätsstandort Lausitz an, der auf gleichberechtigte europäische Kooperation abzielt.

15. Rettet das Niemandsland!

Die Lausitz mit ihren Feldern, Wäldern und Seen ist eine ganz eigene Landschaft, in der Menschen noch Ruhe finden. Wir sind überzeugt, dass die Lausitz gerade aufgrund ihrer Natürlichkeit prädestiniert ist für ein besonderes Naherholungskonzept: weite lärmfreie Bereiche, nächtliche totale Dunkelzonen und bewusst empfangsfrei gehaltene Bereiche.

Das ganze Papier: bit.ly/2G8QJUT



Wohnungslosigkeit heißt bald: Lebensgefahr!

In Chemnitz, Leipzig und Dresden haben mindestens 700 Menschen keine Wohnung. Das sind nur diejenigen, die sich bei den Behörden und den Anlaufstellen wie der Diakonie melden. Im Winter heißt Wohnungslosigkeit Lebensgefahr. Erneut hat die Linksfraktion das Thema auf die Tagesordnung gesetzt.

Susanne Schaper, Sozial- und Gesundheitspolitikerin, erhob vier Forderungen (Drucksache 6/14579). „Wir wollen erstens eine Wohnungsnotfallberichterstattung wie in Nordrhein-Westfalen. Es muss klar werden, wie viele Menschen wohnungslos oder davon bedroht sind.“

Mit den kommunalen Spitzenverbänden, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Wohnungsloseninitiativen solle die Regierung zweitens ein Konzept mit Präventions- und Interventionsmaßnahmen erarbeiten. Dazu müssten drittens die Ursachen der Wohnungslosigkeit erforscht werden. Denn die seien vor allem, aber nicht ausschließlich sozialer Natur. „Bisher werden Schulden und Sozialleistungsbezug als häufigste Gründe identifiziert. Das ist kein Wunder, solange eine soziale Mindestsicherung sanktioniert werden kann“, so Schaper.

Viertens fordert die Linksfraktion ein Winternotprogramm. Der Freistaat

solle die Städte und Gemeinden finanziell in die Lage versetzen, Wohnungslosen an kalten Tagen kostenlose und anonyme Unterkünfte zu bieten.

„Wer etwas will, findet Wege; wer etwas nicht will, findet Ausreden“ – so lasse sich die Haltung von CDU und SPD dazu zusammenfassen. Die hat sich auch in der aktuellen Landtagsdebatte nicht geändert. Die Landesregierung rede sich mit dem Hinweis heraus, dass die Kommunen für den Kampf gegen Obdachlosigkeit zuständig sind, kritisiert Schaper. „Sie bemühen sich nicht einmal um aussage-

kräftige Zahlen und verweisen auf den Bund, der eine Statistik plant. Aber selbst dafür müsste Sachsen zuarbeiten, was überdies nur der erste Schritt zur Lösung wäre. Also Schluss mit der Ignoranz!“

Wohnen sei ein Menschenrecht, das auch und gerade in einem reichen Land für alle gelte, so Schaper. „Daher müssen wir alles tun, um den Betroffenen zu helfen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Zahlen weiter steigen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Menschen vor unseren Türen erfrieren!“



Kleine Unternehmen besser fördern!

Unlängst stand die „Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Sachsen“ auf der Tagesordnung des Landtags. Die Linksfraktion hatte per Großer Anfrage (Drucksache 6/13484) dafür gesorgt. 165 Fragen führten zu 400 Seiten voller Daten. Sachsens Wirtschaft ist unterm Strich weniger mittelständig, sondern vor allem durch Klein- und Kleinstunternehmen geprägt – 90 Prozent haben weniger als zehn Beschäftigte. Das wird sich nicht mehr ändern, meint **Luise Neuhaus-Wartenberg, Sprecherin für Mittelstand, Handwerk und Tourismus**: „Die großen DAX-Unternehmen werden sich nicht mehr ansiedeln. Wir müssen aus dem schöpfen, was da ist.“

Der Freistaat müsse kleine Betriebe besser unterstützen, denn die haben oft gar keine Zeit, sich durch den Dschungel der Förderrichtlinien zu kämpfen. Auch **Nico Brünler, wirtschaftspolitischer Sprecher**, dringt auf eine höhere Anwendungsfreundlichkeit, damit die Unternehmen die Fördermittel auch wirklich abrufen können (Drucksache 6/15360). „Die Förderregeln müssen einfacher werden. Zudem sollte der Freistaat eigene Förderprogramme auflegen – bisher beteiligt sich Sachsen nur an Programmen des Bundes und der EU.“ Nötig seien auch gezielte Förderinstrumente für Unternehmensgründungen.

Der Binnenmarkt in Sachsen müsse gestärkt werden, so Neuhaus-Wartenberg: „Exporten im Wert von 41 Milliarden Euro standen im Jahr 2017 Importe im Wert von 24 Milliarden Euro gegenüber.“ Das mache die Wirtschaft anfällig für Erschütterungen auf den internationalen Märkten. „Ein gestärkter Binnenmarkt und eine angemessene Exportquote schützen möglicherweise vor den Krisen des internationalen Finanzmarktes.“ Deshalb müssten auch die Löhne steigen, um die Kaufkraft im Freistaat zu erhöhen.

Eine weitere Baustelle: die Berufsausbildung. Im Schnitt gibt es je nach Branche drei- bis viermal mehr unbesetzte Lehrstellen als 2009. Neuhaus-Wartenberg: „Offenbar mangelt es den Ausbildungsberufen an Attraktivität. Ein Schritt könnte ein flächendeckendes Ausbildungsmindestgehalt sein, das an branchenübliche Tarife gebunden und gegebenenfalls durch Förderung mitfinanziert wird.“

Die Ideen liegen auf dem Tisch. Nun braucht es eine Regierung, die sie auch umsetzen will – damit sich der Wirtschaftsstandort Sachsen gut entwickelt.

Historische Aufgaben

Nach 1990 endete in vielen Regionen der DDR der Erz-, Salz- oder Kohlebergbau. Um die Sanierung zu bewältigen, wurden Bundes- oder Bundesländer-Gesellschaften gegründet. Die Bergleute bekamen eine Aufgabe, die sie verstanden, die sie sicher manchmal schweren Herzens ausführten, die aber eine Bleibemöglichkeit bot.

Sachsens Braunkohlereviere stehen bald vor ähnlichen Problemen. Die mit der Zeit außer Betrieb gehenden Kraftwerke müssen abgebrochen und die Standorte saniert werden. Die Tagebaue müssen langfristig aus der Bergaufsicht entlassen werden können, die Böden wiederhergestellt sein, in den entstehenden Seen soll man baden können, die Wälder sollen begehbar und mit dem Rad befahrbar sein.

Um das zu organisieren, fordert die Linksfraktion im Landtag eine Bundesländer-Gesellschaft (Drucksache 6/15206). **Dr. Jana Pinka, umweltpolitische Sprecherin**, verwies auf die Wismut GmbH, die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV) und die Gesellschaft zur Verwertung und Verwertung stillgelegter Bergwerksanlagen. „Die Wismut hat bisher sechs Milliarden Euro für die Sanierung ihrer Standorte in Sachsen und Thüringen eingesetzt und die LMBV für die ihrigen in Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen etwa elf Milliarden Euro.“

Die neue Gesellschaft solle Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen umfassen. Sie solle älteren Beschäftigten, die heute in der Kohle und in den Kraftwerken arbeiten, eine Brücke zur Rente bauen. „Wir legen einen Vorschlag für einen Beschäftigungsübergang vor. Mag sein, er ist nicht weitreichend genug. Aber ich habe bisher weder aus dem Bundestag noch aus den Landtagen etwas gehört, was der Arbeiterin oder dem Arbeiter als Perspektive angeboten werden soll“, so Pinka. Finanziert werden solle die Gesellschaft hauptsächlich vom Bund und den betroffe-

nen Ländern, aber auch von den Bergbautreibenden und den Betreibern der Kraftwerke. Ihr Hauptsitz solle in Hoyerswerda sein.

„Angesichts der Geschwindigkeit, mit der die Bedrohung des Klimawandels auf uns zukommt, müssen wir zügig handeln“, so Pinka. Das heiße: Zügig aus der Kohleverstromung aussteigen, den Bergleuten schnellstmöglich eine Beschäftigungs-Perspektive geben – und Sicherheitsleistungen der Bergbautreibenden einholen, damit nicht am Ende die Allgemeinheit blechen muss. Die Zeit drängt.



Dieser Mindestlohn bleibt ein Armutslohn

Ein LKW-Fahrer im Erzgebirge steht jeden Morgen um fünf Uhr auf, sitzt dann den ganzen Tag am Steuer. Am Ende des Monats geht er mit rund 1.100 Euro nach Hause – dem Mindestlohn. Als er nach zehn Jahren seinen Chef fragt, ob vielleicht 200 Euro mehr im Monat drin wären, lautet die Antwort: Du musst ja nicht hier arbeiten.

Eine Reinigungskraft putzt laut Vertrag zwei bis drei Stunden in einer Einrichtung. Tatsächlich braucht sie vier bis fünf Stunden – weil eine ordentliche Reinigungsleistung eben ihre Zeit braucht. Sie bekommt dann unterm Strich nicht einmal den Mindestlohn.

Das sind zwei Fälle unter hunderttausenden in Sachsen. Mehr als ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten erhalten weniger als 2.000 Euro brutto im Monat. Nur in Mecklenburg-Vorpommern ist dieser Anteil noch höher. 300.000 Beschäftigte im Freistaat bekommen mehr Geld, seitdem der Mindestlohn gilt. Dass es ihn endlich gibt, ist erfreulich. Seine geringe Höhe ist es aber nicht. Sie wird es auch nach mickrigen Erhöhungen 2019 und 2020 nicht sein.

„Für einen Mindestlohn, der vor Armut schützt – jetzt handeln, Herr Dulig!“ Das hat die Linksfraktion in einer aktuellen Landtagsdebatte gefordert. **Nico Brünler, Sprecher für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik**, freut sich, „dass nun auch die SPD 12 Euro Mindestlohn will. Das dürfte aber eine taktische Reaktion auf ihre Wahlergebnisse in Bayern und Hessen sein.“ Schon vor einem Jahr habe die LINKE im Bundestag beantragt, was Bundesarbeitsminister Heil jetzt bis 2020 umsetzen will: den Mindestlohn an der Mindest-

lohn-Kommission vorbei anzuheben. Das lehnte die SPD ab. Auch Sachsens SPD-Chef Dulig sieht einen Mindestlohn von 12 Euro nur als Langfristperspektive. Brünler: „Man kann natürlich warten, bis der Mindestlohn durch die normalen Anpassungen dieses Niveau erreicht hat. Aber das würde zehn bis zwölf Jahre dauern. Die Inflation würde den Großteil der Steigerungen auffressen.“ Die Staatsregierung nehme es hin, dass viele, die den Wohlstand erarbeiten, nicht von ihm profitieren.

Dabei könne Sachsen etwas tun, um das Lohnniveau zu heben. Die Linksfraktion schlägt ein neues Vergabegesetz vor. Bei öffentlichen Ausschreibungen soll neben sozialen und ökologischen Aspekten ein spezifischer Mindestlohn gelten. Aufträge soll nur erhalten, wer seine Beschäftigten mindestens in Höhe der untersten Entgeltgruppe des öffentlichen Dienstes

entlohnt – das sind 11,24 Euro Stundenlohn. „Das wäre ein erster Schritt“, so Brünler. **Susanne Schaper, Sprecherin für Sozialpolitik**, pflichtet ihm bei: „CDU, CSU und SPD haben bis jetzt dafür gesorgt, dass der Mindestlohn nicht vor Armut schützt. Mit 8,84 Euro kann man selbst nach 45 Jahren in Vollzeit keine Rente oberhalb der Grundsicherung erreichen.“

Auf ihrer jährlichen Renteninfo sehen der LKW-Fahrer und die Reinigungskraft dann, dass sie im Rentenalter in die Grundsicherung fallen werden, so als hätten sie nie gearbeitet. Damit der Mindestlohn zum Leben reicht und eine Rente ermöglicht, die zumindest ein bisschen die Arbeitsleistung widerspiegelt, müsste er zügig auf 12,63 Euro pro Stunde steigen. Diese Zahl kommt von der Bundesregierung! Arbeit darf nicht arm machen, sondern sie muss ein Leben in Würde ermöglichen.



Konferenz „Kunst.Kultur.Perspektiven.“

Am 10. November 2018 fand im Westflügel in Leipzig die kulturpolitische Konferenz der Linksfraktion statt. Am Tisch saßen Kunst- und Kulturschaffende, Mitglieder der sächsischen Landeskulturverbände, Politiker*innen, Kreativwirtschaftler*innen und Vertretungen der Kultureinrichtungen zum Austausch, begrüßt vom Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt. Drei großartige Referent*innen aus Hamburg, Wien und Berlin sprachen zu den Themen „Honoraruntergrenzen für alle!“, „Ist die heutige Förderpolitik noch zeitgemäß?“ und „Gesicherte Zukunft und soziale Absicherung für Kunst- und Kulturschaffende – aber wie?“

Einigkeit bestand darin, dass Kunst und Kultur entscheidende Standortfaktoren sind, die eine herausragende Bedeutung für die Gesellschaft haben, die Lebensqualität verbessern, Menschen bilden und eine kritische Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit ermöglichen. Andererseits zeigte sich durch die zahlreichen Redebeiträge jedoch, wie prekär die Situation vieler Kunst- und Kulturschaffenden ist, wie um knappe Fördermittel gekämpft werden muss und wie groß das Inter-

esse ist, an dieser Situation etwas zu ändern. Denn die Arbeit ist oft nicht existenzsichernd, Ateliers und Freiräume können nicht mehr gehalten werden. Das Durchschnittseinkommen ist erschreckend, bei den Frauen beträgt es gerade einmal 908 Euro im Monat. Von diesem Budget sollen sie sich dann noch selbst versichern und für die Rente vorsorgen. Wie lange kann das noch gut gehen? Trotz Nachbesserungen bei der Finanzierung

durch die Landesregierung zeichnet sich im Moment keine Lösung ab. Die ökonomische und soziale Basis für Kulturschaffende muss neu gedacht werden; hierzu braucht es neue Ansätze. Diese fanden wir in der Diskussion mit den Teilnehmenden und damit auch viele Impulse für parlamentarische Initiativen. Es gibt viel zu tun.

• Franz Sodann, kulturpolitischer Sprecher



Reizstoffe sind Waffen – Einsatz begrenzen!

Bei Demonstrationen, Sitzblockaden oder hitzigen Fußballspielen wird oft Reizgas eingesetzt, um Menschenmengen zu disziplinieren. Das ist immer gefährlich, egal ob Menschen gesundheitlich vorbelastet sind oder nicht – und das betrifft auch Unbeteiligte oder Polizeibeamte. Die Hersteller weisen darauf hin, dass nach dem Kontakt mit Reizstoffen Erste Hilfe nötig ist – die ist aber bei Versammlungslagen oft unmöglich. Deshalb wollen wir strengere Regeln für den Einsatz von Reizstoffen gegen Menschen bei Versammlungen. Die Staatsregierung soll sicherstellen (Drucksache 6/14719), dass Reizstoffe nicht gegen Menschen eingesetzt werden, es sei denn, es müssen körperliche Eigen- und Fremdgefährdungen abgewehrt werden. Reizstoffe sollten nicht länger mittels Wasserwerfer eingesetzt, die Granatpistolen ausgemustert und jeder Einsatz dokumentiert werden. Denn es liegt in der physikalischen Natur dieser Einsatzmittel, dass sie nicht zielgerichtet beherrschbar sind.

Bahn frei für Hilfs- und Rettungsdienste!

Wer Auto fährt, wird schon einmal auf der Autobahn im Stau gestanden haben – und wissen, dass die vorgeschriebene Rettungsgasse zwischen zwei Spuren oder, bei drei Spuren, zwischen der mittleren und linken Fahrbahn keine Selbstverständlichkeit ist. Viele Verkehrsteilnehmer fangen erst an zu rangieren, wenn das Blaulicht schon von hinten naht. Das vergeudet wertvolle Zeit, sofern der Platz dann überhaupt noch ausreicht, um die Gasse zu bilden. Ein weiteres Ärgernis sind Gaffer, die langsam an Unfallstellen vorbeifahren und so oft weitere Crashes provozieren. Die Linksfraktion hat nun Vorschläge gemacht (Drucksache 6/14720), um diese Probleme anzugehen.

So soll die Landesregierung die Plakataktion „Rettungsgasse rettet Leben!“ um weitere Informationskampagnen ergänzen, etwa zum Thema „Gaffen“ bei Verkehrsunfällen. Gegenüber dem Bund und der Innenministerkonferenz sollte Sachsen auf eine bundesweite Kampagne dringen und darauf, dass Radiosender in Verkehrsdurchsagen zum Bilden von Rettungsgassen aufrufen. Anbieter von Navigationssystemen und Smartphone-Apps sollten dazu bewegt werden, sicherzustellen, dass ihre Geräte bei Verkehrsunfällen audiovisuell zum Bilden von Rettungsgassen auffordern.



Plenarspiegel November 2018

Die 81. und die 82. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 7. und 8. November 2018 statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit diesen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte

„Für einen Mindestlohn, der vor Armut schützt – jetzt handeln, Herr Dulig!“

Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Regelung der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen im Freistaat Sachsen“ (Drucksache 6/14865)

Große Anfrage

„Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Sachsen“ (Drucksache 6/13484)

Anträge

„Gründung und Aufbau einer ‚Bund-Länder-Gesellschaft für Stilllegung, Sanierung und Rekultivierung der deutschen Braunkohlereviere (GSRB)““ (Drucksache 6/15206)

„Wohnungslosigkeit im Freistaat Sachsen bekämpfen!“ (Drucksache 6/14579)

Termine

Fachtagung

„Chancen und Risiken der Digitalisierung für den Rechtsstaat besonders in den Bereichen Öffentlicher Sicherheit und Strafverfolgung vor dem Hintergrund der EU-Gesetzgebung“

Dienstag, 5. Februar 2019, 16.00 bis 20.00 Uhr

Sächsischer Landtag, Bernhard-v.-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

Altbau, Raum A 400

Eintritt frei!

Wohin führt das neue Polizeigesetz?

Ihre vierte öffentliche Fraktionssitzung führte die Linksfraktion am 13. November 2018 nach Leipzig. Thema war die Novelle des Polizeirechts, die von der CDU-SPD-Koalition angestrebt wird. Am Vormittag berieten die Abgeordneten darüber im „Haus des Buches“. Zu Gast war Sylvia Queck-Hänel, Ordnungsamtschefin in Görlitz. Wir sehen uns in unserer Kritik bestätigt, dass die Regierung unverhältnismäßig tief in die Grundrechte eingreifen will – und das für einen zweifelhaften Sicherheitsgewinn. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen zu potentiellen Gefährdungen und Gefährdungen erklärt werden. Eingriffsbefugnisse der Polizei sollen greifen, ohne dass jemand eine Straftat vorbereitet oder verübt hat. Damit werden Mittel der Terrorabwehr in polizeiliches Alltagshandeln überführt, Polizei und Nachrichtendienste vermischen sich. Beides ist hoch problematisch.

Der Nachmittag stand im Zeichen zweier Besuche bei Einrichtungen vor Ort. Eine Delegation stattete dem Kommunalen Streetwork der Stadt Leipzig einen Besuch ab. Die Abgeordneten bekamen einen Überblick über die Probleme in den Stadtbezirken. Streetwork stellt Kontakte zu Drogen- und Suchtberatung sowie anderen Hilfestellungen her und will den Familien und Institutionen entglittenen Jugendlichen einen Zugang ebnen, um Wohnungslosigkeit zu verhindern oder ihr zu entkommen. Allerdings stoßen sie dabei auf einen „leergefegten Wohnungsmarkt“. Die Arbeit ist nicht ausreichend mit Personal ausgestattet und braucht dringend stärkere Unterstützung durch den Freistaat.

Eine zweite Delegation besuchte die Leipziger Dependence der Opferberatung, die von den Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e. V. (RAA) angeboten wird. Die Engagierten berichten von steigenden Fallzahlen im Bereich rassistisch motivierter Gewalt. Personell ist die Opferberatung nicht in der Lage, den Bedarf zu bewältigen – Gewaltopfer, die oft einen Migrationshintergrund haben, brauchen persönlichen Beistand, was mit wenigen hauptamtlichen Kräften kaum zu stemmen ist. Zudem müssen Fördermittel jährlich beantragt werden. Die Unterbringung von Gewaltopfern falle schwer, wenn es sich nicht um häusliche Gewalt handle; dafür brauche es weitere Schutzrichtungen. Weil der Interventionsauftrag die Engagierten so stark fordere, bleibe kaum Zeit für Prävention; die Polizei habe sich aus der Präventionsarbeit weitestgehend verabschieden müssen. Der Freistaat müsse mehr Mittel für Prävention bereitstellen. Opfer rassistisch motivierter Gewalt müssten ein Bleiberecht bekommen, um in Strafprozessen als Zeugen verfügbar zu bleiben. Das hat die Linksfraktion im Landtag bereits gefordert.

Den Tag rundete ein öffentliches Fachgespräch zum Polizeirecht ab. Auf dem Podium saßen Heiko Rosenthal (DIE LINKE), Ordnungsbürgermeister der Stadt Leipzig; Stadtrat Rainer Engel-



mann (DIE LINKE), die Rechtsanwältin Rita Belter sowie die Politikwissenschaftlerin Prof. Rebecca Pates. Veranstaltungsort war der Offene Freizeittreff „Rabet“ in der Eisenbahnstraße, die Moderation übernahm der Innenpolitische Sprecher Enrico Stange. Die zuweilen emotionale Diskussion zeigte nicht nur die einhellige Ablehnung des Polizeigesetzes durch die Anwesenden, sondern auch die schlimmen Auswirkungen der Waffenverbotszone, die das CDU-geführte Innenministerium in diesem Quartier durchgesetzt hat. Anwohnerinnen und Anwohner berichteten von massiven Personenkontrollen gegen Menschen, die „nicht deutsch genug aussehen“. Ordnungsbürgermeister Rosenthal versprach, vor Ort Diskussionen mit der Polizei zu organisieren, um dem Problem zu begegnen.

Die CDU will mit dem Polizeigesetz vor denen auf die Knie fallen, deren politische Lebensversicherung die Angst ist. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse

im Landtag wird kein vernünftiges und verfassungsgemäßes Gesetz herauskommen. Wir werden nötigenfalls auch vor dem Verfassungsgerichtshof für Sicherheit in Freiheit streiten.

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

Vi.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag